



Ein Polizeiverhör mit Folgen
Lokalbesitzer klagt Republik, weil
jetzt die Gäste ausbleiben.

→ CHRONIK 21

17

„Besserverdiener sollen mehr zahlen“

Gemeindebau. Hausbesitzerbund facht Debatte über Mieten im sozialen Wohnbau wieder an, die Stadt wehrt sich



Gehalts-Strich im Karl-Marx-Hof: Geht es nach dem Hausbesitzerbund, sollen Gemeindebau-Mieter künftig ihr Einkommen offenlegen. Wer zu viel verdient, soll auch mehr Miete für seine Wohnung zahlen

VON ELIAS NATMESSNIG
UND TERESA STURM

Egal ob Bauarbeiter oder Generaldirektor – im Gemeindebau sind alle gleich. Zu Unrecht, findet Martin Prunbauer, Präsident des ÖVP-nahen Österreichischen Haus- und Grundbesitzerbundes (ÖHGB). „Ich bin dafür, dass Besserverdiener im Gemeindebau mehr zahlen sollen“, sagt Prunbauer zum KURIER.

Konkret sollen die Gemeindebau-Mieten an die Preise für eine privat vermietete Wohnung in der gleichen Ausstattung und Lage angeglichen werden. Bewohner, die nicht so viel verdienen, sollen im Gegenzug von der Stadt gefördert werden.



Hausbesitzer-Chef Prunbauer will gestaffelte Mieten



Pilz lebt selbst im Gemeindebau, den Vorstoß findet er obszön

Dadurch würde eine Zweiklassengesellschaft wegfallen, sagt Prunbauer. Denn 51 Prozent der Wenigverdiener wohnen in privaten Häusern. Günstige Gemeindebauten seien dagegen von Besserverdienenden besetzt. „Im Gemeindebau herrscht nicht gerade große Fluktuation, im Gegenteil: Viele Leute horten die Wohnungen“, sagt Prunbauer.

Denn derzeit muss man nur bei Eintritt in eine Gemeindewohnung unter einer Einkommensgrenze liegen. Diese liegt für Singles bei 43.970 Euro netto jährlich, umgerechnet 3141 Euro netto im Monat bei 14 Gehältern. Wie viel später verdient wird, erhebt die Stadt nicht.

Um zu überprüfen, wer mehr verdient, will Prunbauer künftig den Jahresausgleich des Finanzamts heranziehen. Einen „Gehalts-Strip“ sieht er dabei nicht. „Bei jeder anderen Förderung muss ich auch meine Finanzen offenlegen.“ Auf eine Einkommenshöhe, ab der man mehr zahlen soll, will sich Prunbauer nicht festlegen. Sie müsse aber auf jeden Fall deutlich unter der Grenze von 43.970 Euro im Jahr liegen.

Rot-grüne Gegenwehr

Für den grünen Nationalrat Peter Pilz, selbst seit Jahren Mieter im Gemeindebau, ein unverschämter Vorstoß: „Der Bund der Haus- und Mietwucherer – wie ich sie nenne –

soll sich lieber an die Gesetze halten. Denn das wahre Problem sind die Wucherer, deren Mieten zu hoch sind.“

Die Schlichtungsstelle der Stadt bestätigt das. Mehr als 2000 Verfahren gegen private Vermieter führte die Stadt für Mieter. „Im Schnitt wurden 3 Euro pro Quadratmeter zu viel gezahlt“, heißt es aus dem Büro von Stadtrat Michael Ludwig (SP). Ludwig selbst lehnt den Vorschlag des ÖHGB ab: „Das ist nur ein weiterer Vorstoß der ÖVP, mehr Menschen in den privaten Wohnungsmarkt zu bringen. Ich sehe aber nicht ein, dass Menschen, die einen Gehaltssprung machen, gleich mehr zahlen sollen.“

Auch wolle man die Men-

schen im Gemeindebau nicht dauernd kontrollieren und zusätzliche Bürokratie schaffen. Zudem gebe es genügend Fluktuation im Gemeindebau: „Wir vergeben 9000 bis 11.000 Wohnungen pro Jahr neu, die Hälfte davon an Junge“, sagt Ludwig. Verteilungspolitik in Österreich funktioniert über die Einkommenssteuer: „Wer mehr verdient, zahlt mehr.“

Peter Pilz fordert im Gegenzug Vermögenssteuern. „Die Mieter sollen immer mehr zahlen. Eine Erbschaftssteuer wollen die Erben großer Mietshäuser aber nicht zahlen“, wettet Pilz. Er kündigt daher eine baldige Initiative im Nationalrat zum Mietrecht an.

KOLUMNE

Knecht



DORIS KNECHT

„Wir sind froh, dass wir sie haben“

Wissen Sie, wer mich nervt? Der Mann, der immer vor dem Supermarkt steht, mit einem Heftl in der Hand und mich grüßt, damit ich ihm Geld gebe. Ein Flüchtling, er könnte aus Syrien stammen. Ich mag nicht angequatscht werden, wenn ich auf der Straße oder in den Supermarkt gehe, und wenn ich wieder herauskomme; egal von wem.

Trotzdem gebe ich dem Mann meistens die Münze aus dem Einkaufswagen. Denn letztlich bin ich sehr froh, dass er dort steht und mich ein bissl nervt, anstatt in einem syrischen Gefängnis gefoltert zu werden. Meine zarte Genervtheit ist komplett irrelevant gegen das, was diesen Mann vermutlich zur Flucht getrieben und dazu gebracht hat, in einem

fremden Land um Asyl zu bitten. Er soll lieber hier stehen.

So ähnlich sehen es wohl auch die Alberschwender, deren Menschlichkeit und Sturheit hier schon einmal gewürdigt wurde. Die haben am Montag dafür gesorgt, dass ein syrischer Asylwerber nicht abgeschoben wurde. Acht Syrer leben derzeit in Alberschwende, und anstatt sie nur nicht zu bedrohen oder bloß zu dulden, haben die AlberschwenderInnen beschlossen, sie im Rahmen eines selbst geschaffenen Gemeinde-Asyls zu beschützen. Ihnen zu helfen, sie zu unterstützen, sie zu beschäftigen und mithilfe einer Alarmkette zu verhindern, dass sie abgeschoben werden. Im speziellen Fall war die nicht nötig, da der Mann nicht angetroffen wurde.

Man muss einmal die couragierte Bürgermeisterin (wie in einem Beitrag von „Vorarlberg heute“) gehört haben, wie sie über diese Männer spricht: „Sie werden ja nicht glauben, dass die Männer den ganzen Tag in dem Haus sitzen und darauf warten, dass sie abgeholt werden. Die haben ihre Kurse, wir versuchen, sie in Beschäftigungen zu bringen, einige arbeiten zum Beispiel heute bei der Gemeinde am Bauhof. Wir sind wahnsinnig froh, dass wir sie haben.“

In zwei Monaten haben die Männer ein Recht auf Asylverfahren und als Syrer gute Chancen. Die Alberschwender wollen so lange auf sie aufpassen.

doris.knecht@kurier.at
Facebook: Doris Knecht



Wer soll mehr zahlen?

Sabrina Bühn, Wien: „Ich bin nicht dafür, dass Besserverdiener mehr zahlen müssen. Denn jeder, der mehr Geld zur Verfügung hat, sollte es in seinem Sinn für die Gemeinschaft einsetzen und nicht dazu gezwungen werden. Das bewirkt meiner Ansicht nach wiederum nur mehr Zwietracht, als dass es den Konflikt in irgendeiner Weise löst.“

Peter Pichel, Wien: „Sollen Besserverdiener für Gemeindebau-Wohnungen mehr zahlen? Ich finde, da kommt es zu erst einmal darauf an, wie man Besserverdiener definiert. Wenn ich von einem Gehalt von 4000 Euro netto ausgehe, dann finde ich es sehr wohl in Ordnung, dass diese Mieter mehr zahlen als Menschen mit weniger Einkommen.“

Ute Hurasek, Wien: „Das ist ja schon ein langer Streit. Ich bin da selber zwiespalten. Wir bleiben alle gern in der Wohnung, in der wir schon lange leben. Dass man dann auf einmal mehr zahlen muss, ist nicht gut. Alles wird schon so kontrolliert. Es soll in der moralischen Verantwortung des Einzelnen liegen, darauf zu achten, nicht überall mit- und abzuschneiden.“



TERESA STURM



TERESA STURM



TERESA STURM